200’000 Ultraorthodoxe protestieren in Jerusalem gegen Militärdienst

In Jerusalem haben am Donnerstag 200’000 ultraorthodoxe Juden verschiedenster Strömungen dagegen protestiert, dass auch sie in der israelischen Armee IDF Militärdienst leisten sollen. Der Oberste Gerichtshof Israels hatte 2024 entschieden, dass die generelle Entbindung der Haredim (Ultraorthodoxen) von der Dienstpflicht nicht länger akzeptiert werden dürfe und die Regierung ein entsprechendes Gesetz erlassen müsse. Seither herrscht im israelischen Parlament, der Knesset, ein Tauziehen um die Ausformulierung dieses Gesetzeserlasses. Vor allem die beiden ultraorthodoxen Parteien Shas und Vereinigtes Thora-Judentum widersetzen sich einem Gesetz, das die Haredim zum Militärdienst verpflichten würde.

Die säkularen Parteien, inklusive einem beträchtlichen Teil von Ministerpräsident Benjamin Netanyahus Likud-Partei fordern hingegen, dass auch Haredim Militärdienst leisten müssen. Aber auch innerhalb der Ultraorthodoxen gehen die Meinungen auseinander. An gewissen strengreligiösen Schulen absolvieren die Schüler nach Ende ihrer Ausbildung von sich aus den Militärdienst. Und nach dem Überfall und Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023, bei dem 1’200 Israelis und Angehörige anderer Staaten ermordet wurden, meldeten sich über 3’000 Haredim freiwillig zur Armee. Unmittelbar vor Beginn der Grossdemonstration beteten in Jerusalem die Mitglieder dieser neuen Ultraorthodoxen-IDF Brigade an der Klagemauer.

Die Demonstration der Militärdienstgegner endete abrupt, nachdem ein 20-jähriger Teilnehmer von einem noch im Bau befindlichen Gebäude zu Tode gestürzt war.